

Horst BAESELER und Werner RIETDORF, Erkner bei Berlin

## Wissenschaftliche Grundlagen zur Umsetzung der Regionalplanung im Land Brandenburg

### 1. Einleitung

In den ersten Jahren nach der Vereinigung und der Bildung der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurden im Flächenland Brandenburg in etwa zugleich wissenschaftliche bzw. planungspolitische Grundlagen sowohl für die Landes- als auch für die Regionalplanung erarbeitet. Dieser Prozeß überlagerte sich darüber hinaus teilweise mit der Vorbereitung und Durchführung der Gebietsreform, nach der (1993) 14 Großkreise und 4 kreisfreie Städte an Stelle der vorherigen 38 Landkreise und 6 kreisfreien Städte geschaffen wurden. Brandenburg hatte im Unterschied zu einigen anderen neuen Bundesländern mit der Entstehung des Landes keine Regierungspräsidien gebildet. Die früheren Bezirke aus der DDR-Zeit waren abgeschafft, so daß die gebietliche Struktur außerhalb der kreisfreien Städte zu Anfang außerordentlich kleinteilig gewesen ist (38 Landkreise mit durchschnittlich nur 50 000 Einwohnern).

Die Geburtsstunde der Regionalplanung im Land Brandenburg war das Inkrafttreten des Gesetzes über die Einführung der Regionalplanung und der Braunkohlen- und Sanierungsplanung vom 18. Mai 1993<sup>1</sup>. Mit ihm wurden im Land Brandenburg insbesondere zwei Entwicklungen eingeleitet: die Gliederung des Landes in Planungsregionen und die Verknüpfung von Landesentwicklungsplanung und kommunaler Bauleitplanung mittels der zwischengeschalteten Ebene der Regionalplanung.

Der Einführung der Regionalplanung im Land Brandenburg ist eine lange Periode der Vorbereitung und klärenden Auseinandersetzung vorausgegangen. Sie war erforderlich, um ausreichend lokale, regionale und überregionale Informationen zum Stand und über die sich anbahnenden grundlegenden Veränderungen in der Wirtschaft, in der Landnutzung, bezüglich der Bevölkerungsentwicklung und andere zu erfassen. Sie machte es möglich, die Vor- und Nachteile planungstheoretischer Leitbilder gegeneinander abzuwägen und eigene Entwicklungsvorstellungen zu formulieren. Wissenschaftliche Grundlagenarbeiten hatten für diesen Findungs- und Abklärungsprozeß eine große Bedeutung, wie sich nun, nach der gesetzlichen Fixierung der Regionalplanung, auch in der gegenwärtigen Phase ihrer Umsetzung stets aufs neue beweist.

Gemeinsam mit anderen Einrichtungen der Forschung und Planung hat das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung seit seiner Gründung am 1. Januar 1992 in mehrfacher Weise dazu beigetragen, wissenschaftliche Grundlagen für die Brandenburger Regionalplanung und ihre praktische Umsetzung zu schaffen.

Zu nennen sind hier vor allem:

- das Regionale Strukturkonzept für den Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin, erarbeitet 1992 gemeinsam mit dem Büro Stadtplanung und Stadtforschung Zlonicky-Wachten-Ebert, Dortmund, und dem Büro Valentien & Valentien, Weßling<sup>2</sup>,
- die wissenschaftliche Aufbereitung und Auswertung der Planungskonzeptionen der Kreise in der Region Brandenburg/Berlin, 1992<sup>3</sup>, gemeinsam mit der Arbeitsgruppe für Regionalplanung (ARP) Berlin,
- die Forschungsbegleitung der Entwicklungskonzeptionen der Kreise des Landes Brandenburg einschließlich der Ableitung regionalplanerischer Empfehlungen, 1993<sup>4</sup>,
- die Forschungsbegleitung der Raumordnerischen Konzepte für die fünf neuen Planungsregionen des Landes Brandenburg (Prignitz-Oberhavel, Uckermark-Barnim, Oderland-Spree, Lausitz-Spreewald und Havelland-Fläming), wiederum gemeinsam mit der Arbeitsgruppe ARP Berlin, 1994<sup>5</sup>.

Auftraggeber dieser Arbeiten war vor allem das Brandenburgische Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung (MUNR), im Fall des Regionalen Strukturkonzeptes für den Verflechtungsraum die Landesregierung Brandenburg im Zusammenwirken mit dem Berliner Senat.

Sechs inhaltliche Schwerpunktthemen waren es im wesentlichen, die die wissenschaftlichen Grundlagenarbeiten zur Vorbereitung und Umsetzung der Regionalplanung im Land Brandenburg bestimmten:

- die künftige Bevölkerungsentwicklung und ihre räumliche Verteilung im Land Brandenburg,
- die Entwicklung des Wohnens, insbesondere die „Verortung“ des zukünftigen Wohnungszuwachses,
- die Gewerbeflächenentwicklung,
- die Zukunft bisheriger Militärflichen und ehemaliger Bergbau-, das heißt vor allem Braunkohleabbaugebiete,
- die prinzipielle Entwicklung der Verkehrsbeziehungen im Land, insbesondere im Kontext mit dem Ausbau Berlins zu einer europäischen Metropole,
- die Sicherung, Erhaltung und künftige Nutzung der naturräumlichen Potentiale des Landes Brandenburg.

Im folgenden wollen wir kurz auf einige der im Zusammenhang mit diesen Schwerpunkten stehenden wissenschaftlichen Problemstellungen und Lösungsansätze eingehen.

## **2. Bevölkerungsentwicklung und -verteilung**

Für die mit der Wiedervereinigung Deutschlands, mit der Aufhebung der innerdeutschen Grenzen und der Rückführung der Hauptstadtfunktion nach Berlin zu

erwartende Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg und Berlin gab es 1990 weder wissenschaftliche Grundlagen noch brauchbare Langzeitberechnungen oder empirische Schätzungen.

So bestimmten zum Teil astronomisch anmutende Prognosewerte und das von den Gemeinden ausgewiesene Angebot an Bauland die ersten Diskussionen zur Bevölkerungsentwicklung insbesondere im Raum Berlin.

Spätestens mit dem Vorliegen des Regionalen Strukturkonzeptes für den Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin<sup>2</sup> wurden die diesbezüglichen Erwartungen gedämpft, die politischen und planerischen Zielstellungen und Konzeptionen realistischer formuliert. Vergleiche, die im Rahmen der Forschungsbegleitung<sup>4</sup> durchgeführt wurden, bestätigen, daß die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen fünf Jahren den in<sup>2</sup> vorgeschlagenen Größen nahe kommt. Während bis 1993 die Einwohneranzahl im Land Brandenburg um 1,4 Prozent zurückgegangen ist, verzeichnete Berlin in dieser Zeit ein geringes Ansteigen. Gegenwärtig melden nun auch die Umlandkreise von Berlin sowie die Städte Potsdam, Cottbus und Brandenburg geringe Einwohnerzuwächse, obgleich insgesamt im Land Brandenburg noch kein Ausgleich erreicht ist. Regionale Entwicklungszentren des Städtekranses sind die Städte Brandenburg, Cottbus, Eberswalde-Finow, Frankfurt/Oder, Luckenwalde-Jüterbog und Neuruppin.

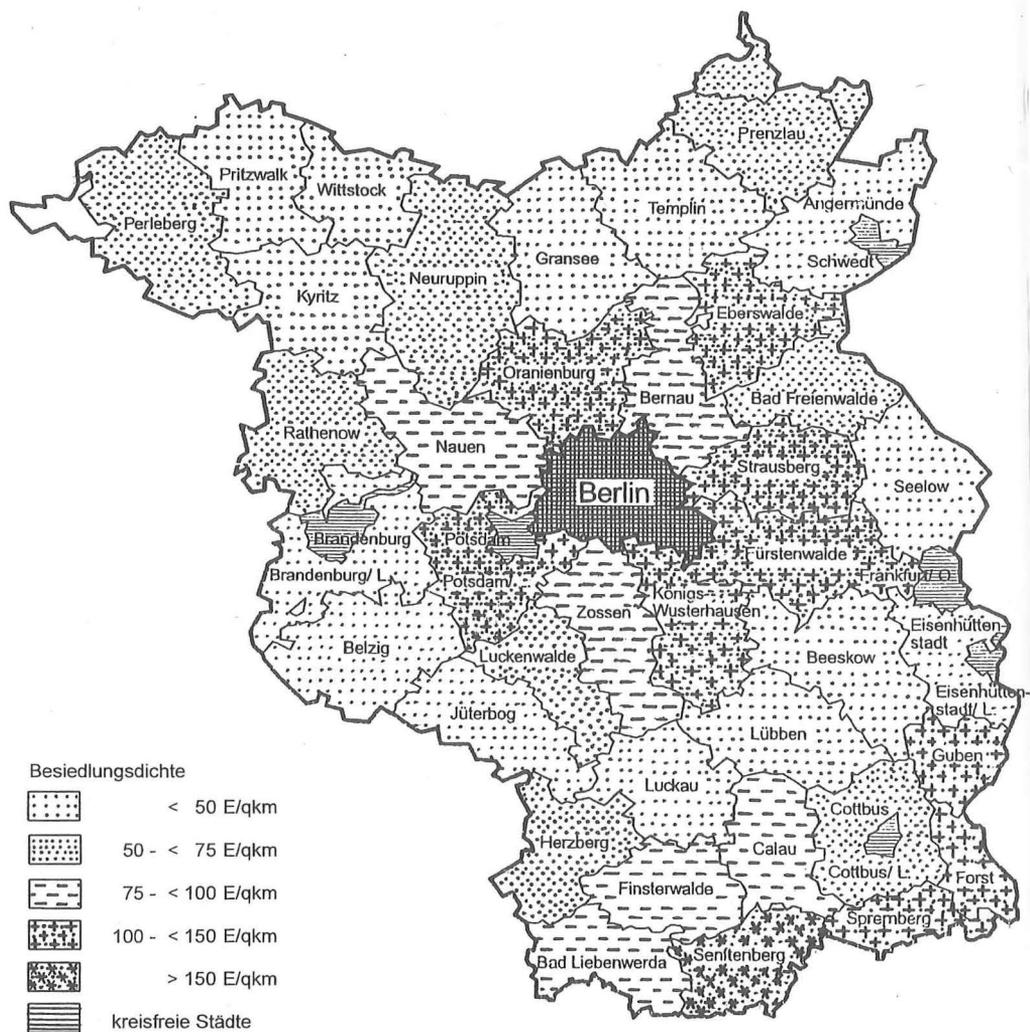
Die gegenüber früheren Prognosen wesentlich langsamere Bevölkerungsentwicklung dürfte aber nicht als ein Nachteil gewertet werden. Vielmehr sollte sie als Chance erkannt und genutzt werden, eine behutsame, die wirtschaftlichen Belange und die natürlichen Gegebenheiten gleichermaßen respektierende Raumentwicklung zu betreiben.

Auch bezüglich der Bevölkerungsverteilung unterscheidet sich der Raum Brandenburg-Berlin wesentlich von den meisten anderen Bundesländern. So ist das nicht nur dicht besiedelte, sondern auch von der Einwohnerzahl große Berlin von einem Land umgeben, das mit 89 E/qkm eines der sehr dünn besiedelten Län- der der Bundesrepublik Deutschland ist.

In Untersuchungen, die parallel in Auswertung der Kreisentwicklungskonzeptionen durchgeführt worden sind<sup>3</sup>, wurde aufgezeigt, daß die Besiedelungsdichte dieses Landes weitaus differenzierter ist, als es der genannte Durchschnittswert erwarten läßt (vgl. Tab. 1 u. Abb. 1, 2). So gibt es neben den relativ dicht besiedelten Gebieten im Umland von Berlin und in der Lausitz große Gebiete mit 40 und weniger Einwohnern pro Quadratkilometer.

Bereits heute wohnen rund 54 Prozent der Einwohner des Landes Brandenburg in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern. Um für alle Bürger gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen und einer Zersiedelung des Landes vorzubeugen, sollten Einwohnerzuwächse nicht zur Auffüllung der kleinen Gemeinden, sondern vielmehr zur weiteren Entwicklung bestehender Städte, insbesondere der Regionalen Entwicklungszentren des Städtekranses, genutzt werden.

Abb. 1: Land Brandenburg (Kreise 1990) — Besiedlungsdichte

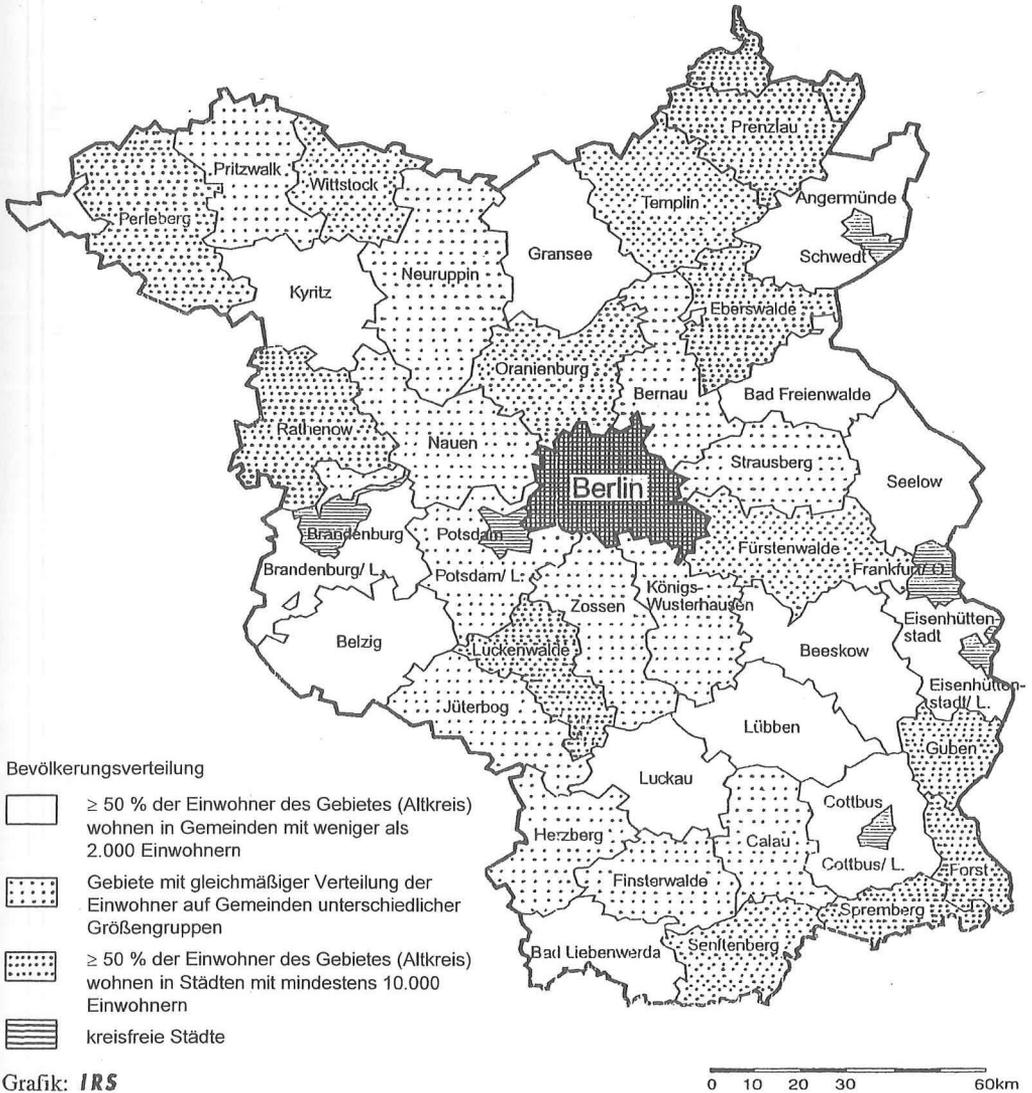


Grafik: **IRS**

0 10 20 30 60km

Das Land Brandenburg besitzt ein sehr differenziertes Siedlungsnetz. Einerseits wohnen viele Brandenburger in sehr dünn besiedelten Gebieten (< 75 E/qkm). Andererseits haben mehr als die Hälfte der Einwohner ihren Wohnsitz in einer Stadt mit mindestens 10 000 Einwohnern.

Abb. 2: Land Brandenburg (Kreise 1990) — Bevölkerungverteilung



Das Land Brandenburg besitzt ein sehr differenziertes Siedlungsnetz. Einerseits wohnen viele Brandenburger in sehr dünn besiedelten Gebieten ( $< 75 \text{ E/qkm}$ ). Andererseits haben mehr als die Hälfte der Einwohner ihren Wohnsitz in einer Stadt mit mindestens 10 000 Einwohnern.

Tab. 1: Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößen je Kreis (Altkreis)

Großkreis	Gebiet	Anzahl Gemein- den	Gemeindegrößengruppe / Anzahl Gemeinden / % der Einwohner des Kreises							
			<500	500 — < 1000	1000 — < 2000	2000 — < 5000	5000 — < 10 000	10 000 — < 20 000	20 000 — < 60 000	> 60 000
			%	%	%	%	%	%	%	%
Barnim	Bernau	38	7	8	12	35	11	27		
	Eberswalde	37	7	8	4	15			66	
Dahme-Spreewald	Königs Wusterh.	47	13	11	6	11	37	22		
	Lübben	49	31	21	4			44		
Elbe-Elster	Luckau	51	34	17	4	24	21			
	Bad Liebenwerda	49	16	20	11	22	11	20		
	Finsterwalde	50	18	4	19		16		43	
Havelland	Herzberg	52	36	6	2	12	44			
	Nauen	47	11	13	6	23		16	31	
Märkisch-Oderland	Rathenow	47	15	9	4	3		19	50	
	Bad Freienwalde	42	24	18	8		19	31		
Oberhavel	Seelow	59	20	30	20	16	14			
	Strausberg	39	7	3	7	25	13	13	32	
Oberspreew.-Lausitz	Gransee	51	23	19	7		24	27		
	Oranienburg	44	5	6	7	21	10	9	42	
Oder-Spree	Calau	51	18	3		10	31		38	
	Senftenberg	33	2	6	10	11	13	11	47	
	Beeskow	75	35	13	10		42			
Oder-Spree	Eisenhüttenst./L.	33	30	11	20	39				
	Fürstenwalde	48	7	6	10	11	8	24	34	

	Eisenhüttenst./St.	1							100
Ostprignitz-Ruppin	Kyritz	48	28	14	8	20	30		
	Neuruppin	74	24	11	2	12	9		42
	Wittstock	30	27	4	10			59	
Potsdam-Mittelmark	Belzig	56	31	13	13	19	24		
	Brandenburg/L.	57	22	36	18	24			
	Potsdam/L.	60	8	10	14	18	12	38	
Prignitz	Perlebg o. Lenzen	45	11	13	5	12		19	40
	Pritzwalk	52	37	7	3	15		38	
Spree-Neiße	Cottbus/L.	60	27	29	8	23	13		
	Forst	22	11	2	6	13			68
	Guben	25	12	3		6			79
	Spremberg	24	10	6	6	7	13		58
Teltow-Fläming	Jüterbog	46	24	14	8		18	36	
	Luckenwalde	42	21	6	3	10			60
	Zossen	51	13	5	13	13	26		30
Uckermark	Angermünde	64	41	16	4	6		33	
	Prenzlau	44	20	17	8				55
	Templin	40	28	3	11	17		51	
	Schwedt/O.	1							100
Stadt (kreisfrei)	Brandenburg	1							100
	Potsdam	1							100
	Frankfurt	1							100
	Cottbus	1							100

Datengrundlage: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, März 1992

### 3. Wohnungsbedarf und Einordnung neuer Wohnungsstandorte

Das Land Brandenburg hat zur Zeit rund eine Million Wohnungen. Ein großer Teil davon sind Wohnungen in mehr- und vielgeschossigen Gebäuden in Großsiedlungen. Im Durchschnitt sind die Wohnungen mit 2,5 Personen belegt. Das ist im Vergleich zur Wohnungsbelegung in den alten Bundesländern relativ hoch. Auch bezogen auf die Wohnfläche pro Einwohner gibt es zwischen dem für das Land Brandenburg ermittelten Durchschnittswert von 27 m<sup>2</sup>/Person und dem in den alten Bundesländern erreichten Wert von 37 m<sup>2</sup>/Person eine große Differenz. Allein um eine begrenzte Angleichung der Wohnverhältnisse zu erreichen, wären im Land Brandenburg etwa 100 000 neue Wohnungen erforderlich. Der tatsächliche Bedarf dürfte wesentlich höher liegen, da in die oben angeführte Berechnung der Wohnraumbedarf für Neuansiedler und der erforderliche Ersatz von desolater Substanz eingerechnet werden müssen.

Die Gemeinden haben in ihren Bebauungsplänen dem künftigen Wohnungsbedarf weitgehend Rechnung getragen. So ergab die Auswertung der kreislichen Entwicklungskonzeptionen<sup>3</sup>, daß in den Bebauungsplänen der Gemeinden im Jahre 1992 weit über 400 Standorte für neue Wohnanlagen unterschiedlicher Größe ausgewiesen waren, ein großer Anteil davon im unmittelbaren Umland von Berlin (vgl. Abb. 3).

Die bisherige Ausweisung von Wohnungsbaustandorten folgt im wesentlichen dem Baulandangebot, das wiederum durch das Angebot an nicht mehr erforderlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen beeinflusst ist.

Eine Konzentration der Wohnungsbaustandorte auf aus landesplanerischen Überlegungen zu fördernden Städten und Räumen, insbesondere der Regionalen Entwicklungszentren, ist nur begrenzt erkennbar und sollte unterstützt werden.

Um die Eigenart der märkischen Kulturlandschaft nicht zu gefährden, dürfte die bestehende Siedlungsfläche im allgemeinen nicht wesentlich erweitert werden. Entsprechende Vorschläge, insbesondere für eine leitbildgerechte Siedlungsentwicklung wurden auf der Raumordnungskonferenz Brandenburg-Berlin im Juni 1994 in Eberswalde beraten[10].

### 4. Gewerbeflächenentwicklung

Mit der Privatisierung der Wirtschaft und der Einführung der Marktwirtschaft begann auch im Land Brandenburg der Neuaufbau des Industrie-, Gewerbe- und Handelsnetzes. Gefördert durch das Land und die Kommunen, bildeten sich einerseits viele klein- und mittelständische Betriebe, andererseits suchten große Handelsketten teilzuhaben an den neuen Märkten. Viele potentielle Investoren nutzten das Angebot an billigen, ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen zum Aufbau neuer Fertigungsstätten und Lagerhallen (vgl. Abb. 4).

Diesem Trend kam entgegen, daß viele Kommunen auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen auf die Anfragen und Angebote der Investoren positiv reagierten und bereitwillig den Anteil an Baulandfläche vergrößert haben.

Abb. 3: Land Brandenburg — Von den Gemeinden beantragte Wohnungsbaustandorte

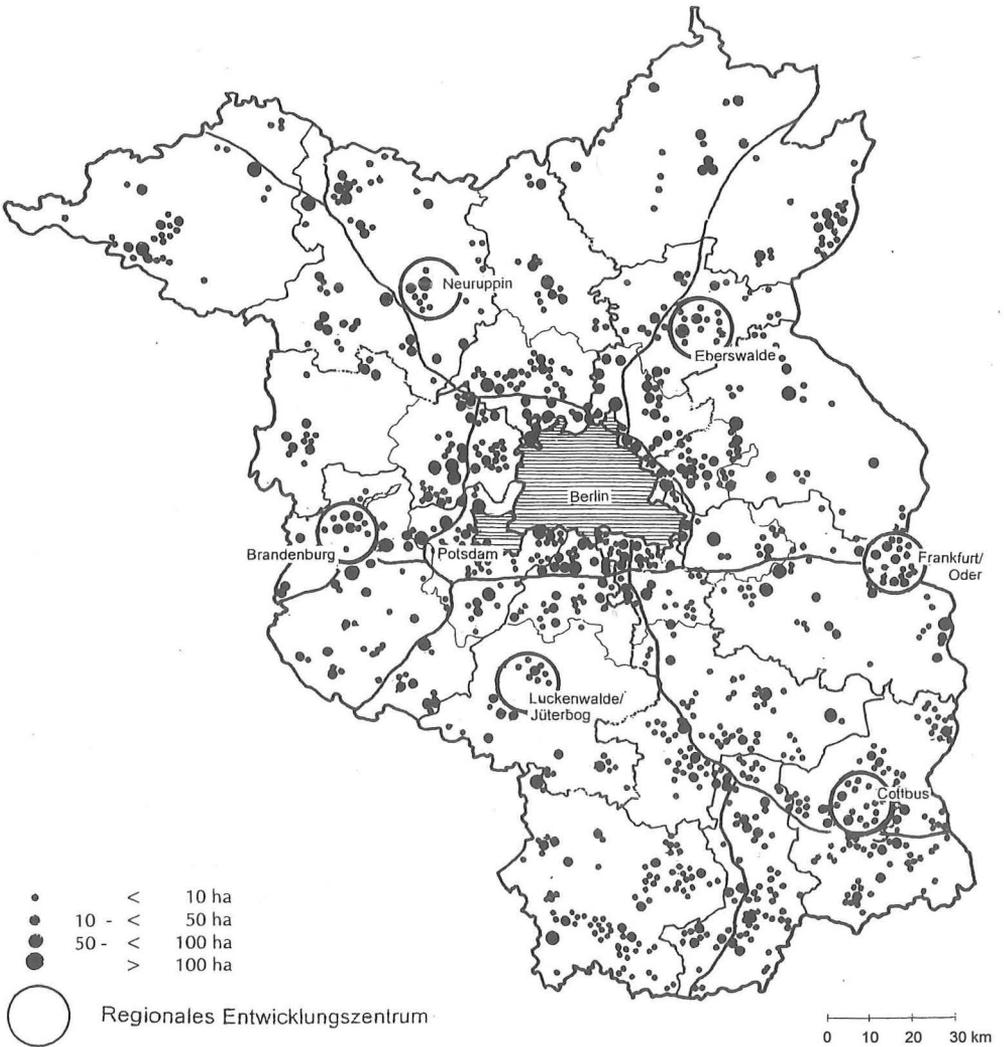


Stand IV/1992

0 10 20 30 km

Für neue Wohnanlagen wurden über 400 neue Standorte ausgewiesen, besonders viele davon im Berlin nahen Raum, so daß Suburbanisierungserscheinungen kaum noch auszuschließen sind.

Abb. 4: Land Brandenburg — Von den Gemeinden beantragte Standorte für Gewerbe-, Industrie- und Sonderbauflächen



Stand IV/1992

Mit der Umstrukturierung der Wirtschaft und des Handels ist der Bedarf an Gewerbeflächen bedeutend angestiegen. Von den Gemeinden ausgewiesene Gewerbe- und Industriestandorte im Land Brandenburg.

Ermittlungen des Landesumweltamtes des Landes Brandenburg ergaben, daß gegenwärtig von den Gemeinden für rund 1000 Standorte die erforderlichen Standortgenehmigungen bei der Landesregierung beantragt worden sind. Rund ein Drittel dieser Standorte liegen im Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin, wobei die Räume um Teltow - Stahnsdorf - Großbeeren - Ludwigsfelde, Falkensee - Dahlewitz - Hoppegarten, Oranienburg und Bernau besonders gefragte Standorte sind.

Außerhalb des Berliner Randgebietes konzentrieren sich die Nachfragen und Angebote auf Flächen am Stadtrand der Regionalen Entwicklungszentren Brandenburg, Eberswalde, Frankfurt/Oder und Cottbus sowie der Industriestädte Lauchhammer, Schwedt und Perleberg.

Untersuchungen, die zur Verteilung der beantragten Standorte durchgeführt wurden<sup>4</sup>, ergaben, daß eine weitgehende Annäherung an die Verteilung der Bevölkerung im Land Brandenburg erfolgt ist. Gegenüber früheren Trends wird bei der Standortwahl nicht mehr der Anschluß an das Schienennetz favorisiert, sondern der Zugang zum Straßennetz, insbesondere zu den bestehenden Autobahnen.

Trotz entsprechender Fördermaßnahmen, die zur Nutzung von Altstandorten anregen sollen, werden Standorte im Außenbereich der Städte bevorzugt. Im Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin würde die auf diese Weise verursachte Vergrößerung der bisherigen Siedlungsfläche rund 14 Prozent betragen.

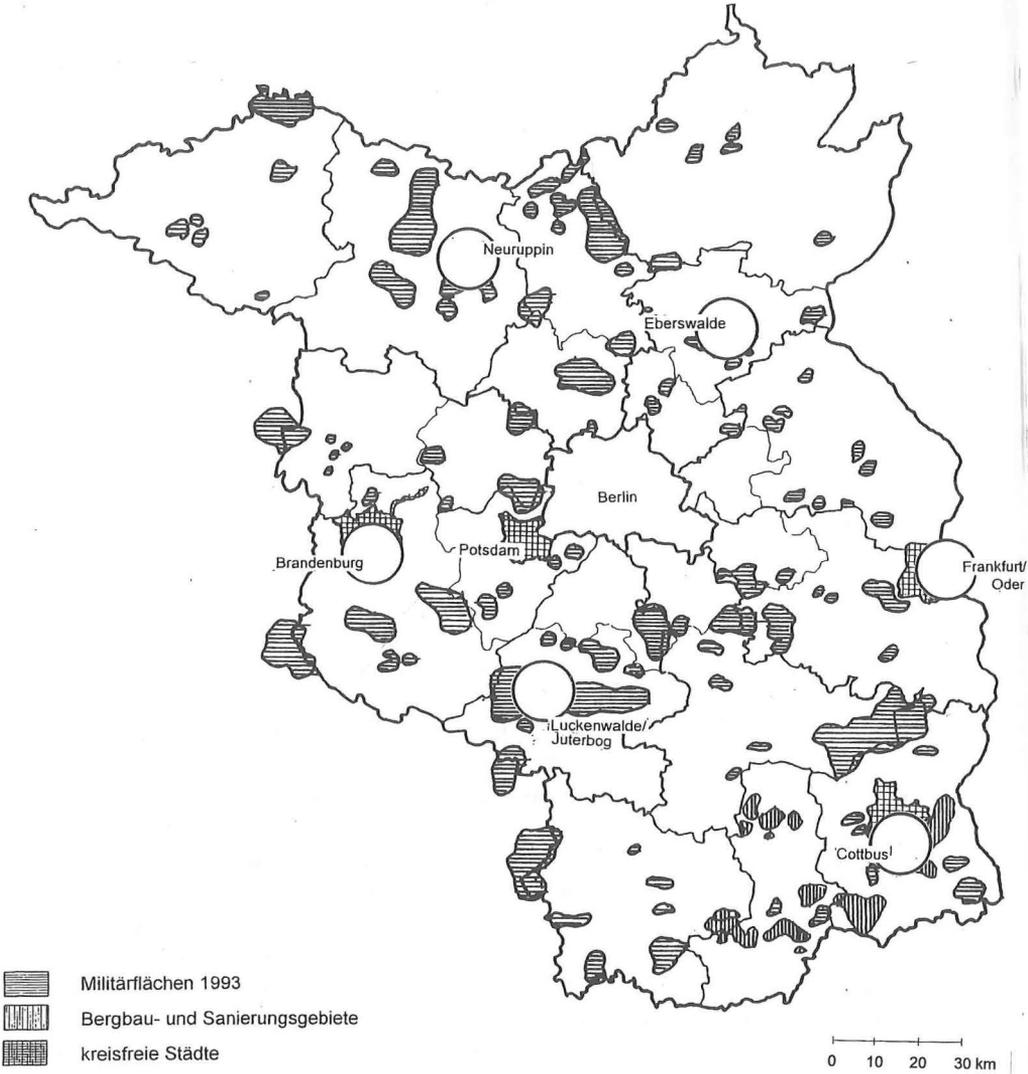
## **5. Militärflächen und ehemalige Bergbaugebiete**

Abbildung 5 gibt Aufschluß über die beträchtlichen Ausmaße der in Brandenburg bis zur Vereinigung und dem Ende des kalten Krieges militärisch genutzten Flächen sowie die einstmals für den Braunkohlentagebau in Anspruch genommenen Gebiete. Bei beiden Flächenarten ist das Land „führend“ im Vergleich zu den anderen neuen wie auch zu den traditionellen, alten Bundesländern.

Wenn auch ein nicht unerheblicher Teil der früher von der NVA oder der WGT (Westgruppe der russischen Truppen) genutzten Gebiete auch künftig der Bundeswehr vorbehalten bleibt, so stellen sich doch voraussichtlich für über 100 000 ha interessante Perspektiven einer Flächenkonversion, die — je nach regionaler Lagegunst und Einordnung, Größenstruktur, Altlastenbefund und Naturbelassenheit der Flächen — von der Nutzung als künftiges Industrie- und Gewerbegebiet bis zur Renaturierung ganzer Landschaftsbereiche reichen. Untersuchungen, die in unserem Institut 1992—94 im Rahmen eines europäischen Perifra-Projektes zu früheren Liegenschaften der WGT im Kreis Neuruppin durchgeführt worden sind, mündeten zum Beispiel in konkrete Vorschläge zum Aufbau eines Wissenschafts-, Technologie- und Gewerbeparks auf dem Gelände einer ehemaligen großen Panzerkaserne<sup>6</sup>.

Die sinnvolle funktionale Umwidmung ehemaliger Militärflächen kann und sollte aus der Sicht einer Region immer auch als Chance für eine langfristig wünschenswerte regionale Strukturverbesserung gesehen werden, und das nach Möglichkeit stets im Kontext mit „nachhaltiger“ Umweltvorsorge.

Abb. 5: Land Brandenburg — Ehemalige Militärflächen sowie Bergbau- und Sanierungsgebiete



Kein anderes Bundesland hatte 1990 einen so großen Anteil an Flächen, die durch militärische Nutzung oder den Braunkohlenbergbau stark geschädigt sind. Ihre Wiedereingliederung in den normalen Landschaftshaushalt und die Kulturlandschaft erfordert großzügige und sehr komplex angelegte Konzeptionen.

Nicht viel anders verhält es sich auch bei den insgesamt über 60 000 ha noch nicht rekultivierten ehemaligen Braunkohlentagebauflächen in den neuen Bundesländern, von denen ein großer Teil auf das Land Brandenburg, das heißt den Raum Niederlausitz, entfällt. Die Wiedereingliederung dieser stark devastierten Gebiete in die Brandenburger Kulturlandschaft setzt, eingeordnet in die Regionalplanung des Landes, großzügige, weiträumig angelegte Landschaftsplanungen voraus, die in den vergangenen Jahren, aufbauend auch auf dem jahrzehntelangen, verdienstvollen Wirken des Cottbusser Landschaftsplaners Otto Rindt, durch entsprechende wissenschaftliche Studien und Gutachten bereits teilweise vorbereitet worden sind<sup>7</sup>. Es ist schließlich kein Zufall, daß das am 18. 5. 1993 im Land Brandenburg beschlossene Gesetz „Gesetz über die Einführung der Regionalplanung und der Braunkohlen- und Sanierungsplanung“ heißt<sup>1</sup>.

## 6. Verkehrsentwicklung

Mit der Neuformulierung bzw. Weiterentwicklung regionaler Strukturen im Land Brandenburg verbindet sich zwangsläufig auch die Notwendigkeit einer integrierten regionalen Verkehrsentwicklungsplanung.

Die zur Wendezeit herrschenden Ausgangsbedingungen in den damaligen Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus waren im wesentlichen nicht besser oder schlechter als in anderen Bezirken der ehemaligen DDR, bis auf den entscheidenden Unterschied, daß der berlinnahe Verflechtungsraum schon aus seiner früheren Entwicklung heraus über ein vergleichsweise außerordentlich gut strukturiertes Grundgerüst der Verkehrswege verfügte (Eisenbahnknoten/Außenring, Fernstraßensystem, Autobahnring, S-Bahn-Achsen ins Umland, Wasserstraßen für Massengüter und Ausflugsverkehr).

Mit dem Hauptstadtbeschluß, dem Ausbau Berlins als europäische Metropole und der schon in den ersten Jahren seit der Vereinigung einsetzenden Suburbanisierung des lange Zeit durch eine scharfgezogene Stadtkante ausgegrenzten Berliner Umlandes haben sich inzwischen die Anforderungen an die Verkehrsentwicklung sowohl im engeren Verflechtungsraum als auch prinzipiell im Land Brandenburg insgesamt erheblich verändert.

Wissenschaftliche Grundlagen für eine zukunftsorientierte Verkehrsnetzplanung, wie sie in den letzten Jahren in vielfältiger Form erarbeitet wurden, setzten sich dementsprechend nicht nur mit dem quantitativen Anwachsen des Verkehrsaufkommens, insbesondere auf der Straße, auseinander, sondern positionierten sich deutlich auch gegenüber den grundsätzlichen Strukturvorstellungen für die Entwicklung des zentralen brandenburgischen Raumes um Berlin: Sternmodell, Stadtringmodell, Städtebandmodell, Tore zu den Wirtschaftszentren. Die schließlich seit 1993 der Landes- und Regionalplanung zugrundegelegte, angestrebte „Dezentrale Konzentration“ mit Hilfe von sechs künftigen Regionalen Entwicklungszentren (s. o.) ist als Fazit vorangegangener Grundlagenuntersuchungen kompromißhaft auf eine ausgewogene Entwicklung zwischen der Metropole Berlin einerseits und einer Stärkung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit

der Siedlungsräume im weiteren Umland andererseits ausgerichtet, wobei die künftige Verkehrsinfrastruktur nicht nur wirtschaftlich, sondern insbesondere auch sozial- und umweltverträglich sein soll.

Konkrete praktische Verkehrsentwicklungsmaßnahmen in diesem Sinne sind: der zügige Ausbau eines Regionalbahnnetzes, die Ergänzung bzw. Vervollkommnung des bisherigen S-Bahn-Netzes, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Berliner Autobahnringes sowie wichtiger Autobahntrassen vor allem nach Westen, Nordwesten und Südwesten, der Ausbau eines zweckmäßigen P+R-Systems im Umkreis Berlins und die Einordnung neuer Güterverteilzentren zum Umschlag Bahn/Straße.

Umstrittene fachwissenschaftliche und zugleich hochbrisante politische Probleme sind die Fragen nach der Notwendigkeit und dem Standort eines neuen Großflughafens Berlin-Brandenburg-International im Süden der Hauptstadt, nach dem Nutzen eines Transrapid Hamburg-Berlin für die Region und nach der Umweltverträglichkeit und Effizienz eines eventuellen standardgerechten Ausbaus der Wasserstraßen nördlich und östlich Berlins für den Gütertransport.

## **7. Sicherung, Erhaltung und künftige Nutzung der naturräumlichen Potentiale des Landes Brandenburg**

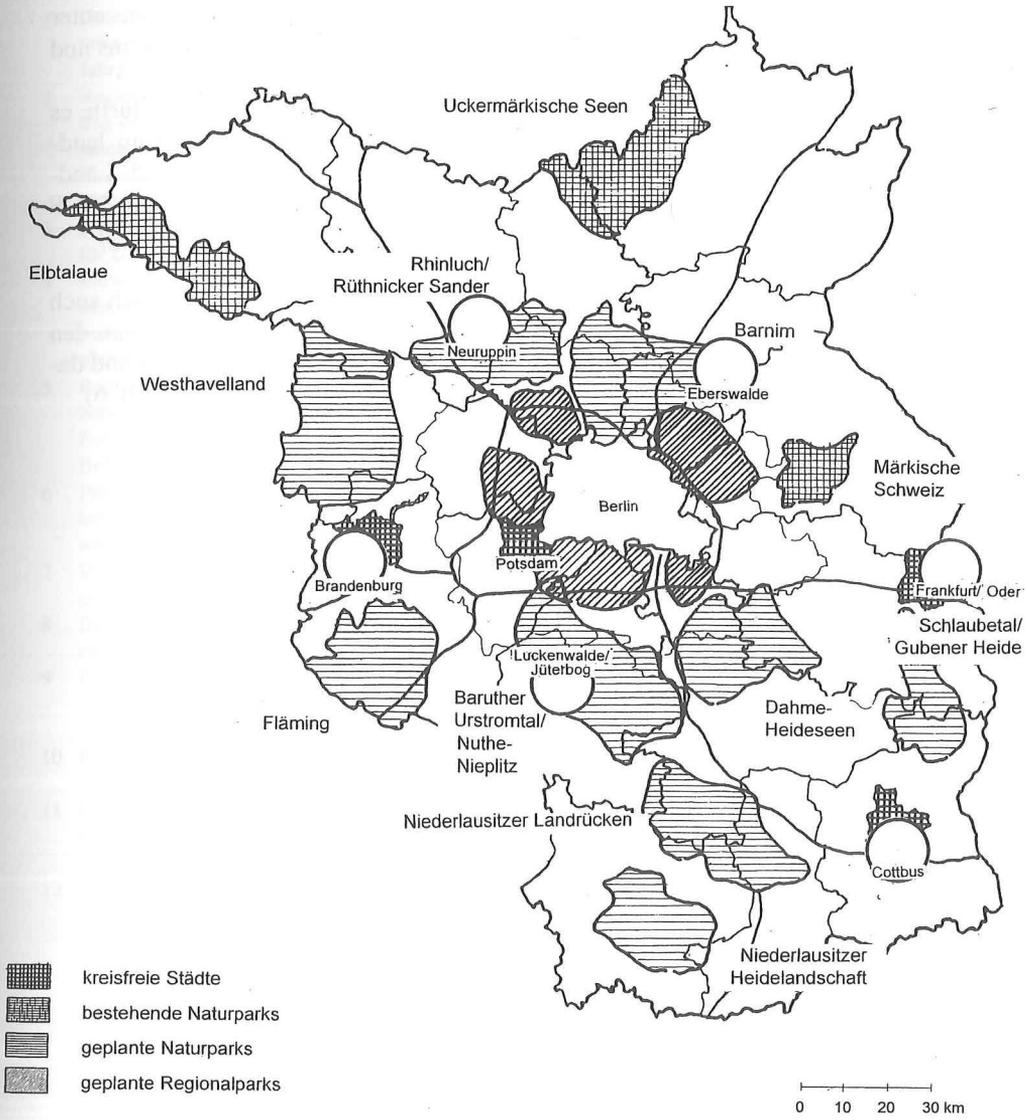
Vielfältige naturräumliche und landschaftliche Qualitäten prägen große Bereiche des Landes Brandenburg. Sie bestimmen weitgehend die Strukturierung des Großraumes und dessen Nutzung. Die großen vielgestaltigen Freiräume gelten als ein Standortvorteil besonderer Art.

Die Erhaltung des Freiraumpotentials und seiner Qualität muß als eine vorrangige Aufgabe angesehen und behandelt werden. Viele Studien, Gutachten und Konzeptionen wurden dazu bereits angefertigt. Gegenüber allen Konzeptionen aus der Zeit vor der Zusammenführung der Länder hat sich die Situation diesbezüglich insofern verschärft, als die Landwirtschaft als Produktionszweig keinen solchen Schutz mehr genießt, wie das in früheren Zeiten gängig war.

Mit dem Vorschlag, die Stadtkante Berlins durch die Anlage von Regionalparks gegenüber Zersiedlungstendenzen zu schützen, wurde im Regionalen Strukturkonzept für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin<sup>2</sup> erstmals eine Konzeption erarbeitet, die die Chance besitzt, die Suburbanisierung einzuschränken. Weitere Arbeiten wie das Landschaftsplanerische Gutachten für den engeren Verflechtungsraum<sup>8</sup> sowie das Forschungsprojekt „Grundlagen für ein Freiraumkonzept . . .“<sup>9</sup>, haben diese Konzeption deshalb auch gestützt und weitergeführt. Der Schutz der „Offenräume“ und deren Gestaltung war schließlich auch Gegenstand der Beratungen zur Konferenz über die „Raumordnung in Brandenburg und Berlin“<sup>10</sup>. Neben der Weiterentwicklung der Regionalparkidee wurde hier auch auf das Naturparkkonzept des Landes Brandenburg hingewiesen und dessen weitreichende Bedeutung für ein das ganze Land Brandenburg einbeziehendes Freiraumkonzept hervorgehoben.

Es ist an der Zeit, und weitere Forschungsarbeiten<sup>8, 9</sup> weisen bereits darauf hin, in einem das Land umfassenden Konzept alle bereits konzipierten Projekte

Abb. 6: Land Brandenburg — Naturpark- und Regionalparkprogramm



Über ein großzügiges Naturparkprogramm und die geplanten Regionalparks im Randgebiet zu Berlin sollen wesentliche Teile der Kulturlandschaft vor nachteiliger Inanspruchnahme geschützt werden.

zum Freiraumschutz und zur Weiterentwicklung der wertvollen Kulturlandschaft zusammenzuführen. Darin einbezogen werden müßten die Regionalparks, die Naturparks, regionale Grünzüge, Landschafts- und Naturschutzgebiete, unter Schutz stehende Waldflächen, die Flächen des ökologischen Verbundsystems und weitere bedeutende Freiräume.

Von größter Bedeutung für die Realisierung vieler dieser Konzepte dürfte es sein, daß es gelingt, große hier einzubeziehende Flächen auch weiterhin landwirtschaftlich zu nutzen, das heißt, landwirtschaftliche Nutzung und Landschaftspflege zusammenzuführen. Eine Reihe von Forschungsarbeiten des ZALF (Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung, Müncheberg)<sup>11, 12</sup> behandeln diese Problematik.

Bedeutsam für die Realisierung dieser Zielstellung dürfte es schließlich auch sein, die Gemeinden von der Notwendigkeit, Richtigkeit und vom Gewinn, den der Schutz der Freiräume für die eigene Gemeinde bringt, zu überzeugen und dabei Akzeptanz für diese großräumige Freiraumplanung zu finden (vgl. Abb. 6).

## Anmerkungen

- 1 Gesetz über die Einführung der Regionalplanung und der Braunkohlen- und Sanierungsplanung vom 18. Mai 1993, Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg, Teil I Gesetze, 4. Jahrgang, Nr. 11.
- 2 Regionales Strukturkonzept für den Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin, Gutachten im Auftrag der Landesregierung Brandenburg und des Senats von Berlin. Verfasser: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Berlin, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung Zlonicky-Wachten-Ebert, Dortmund, Büro Valentien & Valentien, Landschaftsarchitekten und Planer (SRL), Weßling. Juni 1992.
- 3 Planungskonzeptionen der Kreise in der Region Brandenburg/Berlin. Auftraggeber: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg.
- 4 Entwicklungskonzeptionen der Kreise und regionalplanerische Empfehlungen. Auftraggeber: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. Bearbeiter: Fünf Gutachtergruppen. Forschungsbegleitung: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Berlin. 5/1993.
- 5 Raumordnerische Konzepte für Regionen — Gutachten. Auftraggeber: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. Verfasser: Fünf Gutachtergruppen. Forschungsbegleitung: (ARP) Arbeitsgruppe für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin (IRS) Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Berlin. 1994.
- 6 Prüfer, Andreas: Konversion von Militärstandorten in der Region Neuruppin (Land Brandenburg) — Aufgabe und Chance nachhaltiger regionaler Entwicklung. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). 1994 (Manuskript).
- 7 Rindt, Otto: Rationelle Bodenbewegung mit dem Ziel eines doppelten Nutzens und einer geregelten Landschaftspflege. Deutsche Gartenarchitektur 11 (1970), Heft 1.
- 8 Becker, Giseke, Mohren, Richard: Landschaftsplanerisches Gutachten für den Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin. Berlin 1994.
- 9 Baeseler, Horst: Grundlagen für ein Freiraumkonzept am Beispiel des näheren Verflechtungsraumes Brandenburg-Berlin. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). 1995 (Manuskript).
- 10 Raumordnung in Brandenburg und Berlin. Dokumentation der Raumordnungskonferenz. REGIONIO. Beiträge des IRS, No. 5.
- 11 Bewertung von Standortpotentialen im ländlichen Raum des Landes Brandenburg — Forschungsarbeit des Instituts für Sozioökonomie im Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung, Müncheberg (Zwischenbericht 1994).
- 12 Auswirkungen von Stilllegungen von Ackerflächen sowie anderen Formen von Nutzungsveränderungen auf ökologische Kenngrößen der Landschaftsbestandteile. Forschungsprojekt des Instituts für Landnutzungssysteme im Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung, Müncheberg (Zwischenbericht 1994).